

Vorlage Nr. 101.19.558

4. Juli 2022

1 von 2

Die documenta gemeinsam stärken im Dialog

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Kassel steht zur documenta. Sie bereichert unsere Stadt kulturell, gesellschaftlich und wirtschaftlich. Auf der documenta wird Kassel alle fünf Jahre zum Mittelpunkt eines globalen Austauschs über künstlerische und kulturelle Diskurse. Neben dem Bergpark Wilhelmshöhe ist sie Kassels weltweit anerkanntes Alleinstellungsmerkmal. Es muss alles unternommen werden, um diesen Status auch in Zukunft zu sichern.

Die Stadtverordnetenversammlung distanziert sich in aller Schärfe von jeglichem Antisemitismus und der Leugnung des Existenzrechts Israels. Der Schaden, der entstanden ist durch den auf der documenta fifteen ausgestellten Antisemitismus, ist nicht zu relativieren und ein einschneidendes Ereignis in der Geschichte der documenta. Zusätzlich ist die Diskussion über die strukturellen Lehren aus den finanziellen Problemen der documenta¹⁴ noch nicht vollständig abgeschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist daher in tiefer Sorge um die Zukunft der documenta. Deshalb wird der Magistrat der Stadt Kassel als Gesellschafterin der documenta und Museum Fridericianum gGmbH damit beauftragt, umgehend Gespräche mit dem Bund sowie dem Land Hessen zu suchen und darin konstruktiv und gemeinsam vorzugehen. Es ist die Aufgabe aller Verantwortlichen, zum Wohle der documenta und zum Wohle der Stadt Kassel zu handeln und individuelle politische Interessen für die Dauer der Kunstausstellung hintanzustellen.

Der Magistrat hat insbesondere folgende Ziele zu verfolgen:

1. Die Aufarbeitung der Ursachen, die zur gegenwärtigen Situation geführt haben.
2. Das klare Bekenntnis zu Kassel als Standort für die documenta.
3. Die Prüfung einer angemessenen finanziellen und organisatorischen Beteiligung des Bundes, damit die documenta ihrem Anspruch einer Weltkunstschau gerecht bleiben kann.

4. Die Verbesserung der bestehenden Strukturen, um Risiken zu minimieren. 2 von 2

Der Magistrat soll quartalsweise dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen über den Fortgang dieser Reformbemühungen berichten. Soweit sich gesellschaftsrechtliche Änderungen der documenta und Museum Fridericianum gGmbH abzeichnen, berichtet der Magistrat auch dem Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung sowie dem Ausschuss für Kultur.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende
B90/Grüne

Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender
CDU

Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender
FDP